

## Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Klimaschutzziele der Energiestrategie 2030 für den Brandenburger Kraftwerkspark umsetzen - mit Lausitzfonds Strukturwandel aktiv gestalten**

Der Landtag stellt fest:

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Ausstoß von Treibhausgasen in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. In den letzten Jahren wurde dieses Ziel jedoch nicht mit ausreichendem Nachdruck verfolgt, sodass die Emissionen nicht ausreichend abgesenkt werden konnten. Dazu haben insbesondere die wieder angestiegene Kohleverstromung und die niedrigen Preise der CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate beigetragen.

Neben dringend erforderlichen Maßnahmen zur Energieeinsparung sowie des effizienteren Energieeinsatzes muss der deutsche Kraftwerkspark einen deutlichen Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgase leisten. Das von Bundeswirtschaftsminister Gabriel vorgelegte Eckpunktepapier „Strommarkt“ beinhaltet hierzu den Vorschlag einer CO<sub>2</sub>-Abgabe für ältere Kraftwerke mit hohem Treibhausgasausstoß, um somit einen verbindlichen Rahmen für das notwendige, schrittweise Auslaufen der fossilen Kraftwerkskapazitäten zu setzen.

Die Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg orientiert sich an den Vorgaben der Bundesregierung. Die auch in Brandenburg in den letzten Jahren wieder ansteigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen haben jedoch deren Erreichen in weite Ferne gerückt. Aufgrund des erheblichen Anteils des Kraftwerk Jänschwalde an Brandenburgs CO<sub>2</sub>-Emissionen sind die Klimaschutzziele der Landesregierung für 2030 unvereinbar mit dem längerfristigen Weiterbetrieb des Kraftwerks.

Die Energiestrategie 2030 sieht deshalb vor, das Kraftwerk Jänschwalde nur dann zu ersetzen, wenn es mit stark reduzierten Treibhausgasemissionen betrieben werden kann. Nach dem Scheitern der CCS-Technologie ist das schrittweise Auslaufen des Kraftwerkes ohne Ersatzneubau die logische Konsequenz. Auch die Erschließung neuer Tagebaue ist somit nicht mehr notwendig.

Mit diesem durch Klimaschutzvorgaben von Landes- und Bundesregierung bedingten Strukturwandel in der Lausitz darf die Region nicht allein gelassen werden. Der Umbau muss vielmehr aktiv gestaltet, finanziell hinterlegt und sozial abgedeckt werden.

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Klimaschutzanstrengungen der Bundesregierung im Strommarkt zu unterstützen und konstruktiv daran mitzuarbeiten, einen planbaren und verbindlichen Rahmen für das auch in der Energiestrategie 2030 verankerte Auslaufen der Braunkohleverstromung zu ermöglichen. Der hiermit verbundene Strukturwandel in der Lausitz muss aktiv gestaltet und finanziell unterstützt werden.

Folgende Schritte sind hierzu umzusetzen:

- Aufnahme von Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Etablierung und Finanzierung eines Lausitzfonds zur Bewältigung des Strukturwandels in der Lausitz
- Erstellung eines Verwaltungs-, Aufgaben- und Maßnahmenkonzepts mit Umsetzungszeitplan für den Lausitzfonds mit Beteiligung aller relevanten Akteure und Interessensgruppen der Region
- Rücknahme der Genehmigung des Braunkohlenplans für den Tagebau Welzow Süd II
- Aufhebung des Gesetzes zur Förderung der Braunkohle im Land Brandenburg (vom 7. Juli 1997)

### **Begründung:**

Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat im März diesen Jahres ein Eckpunkte-Papier „Strommarkt“ vorgestellt, in dem u. a. Maßnahmen zur Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Stromsektor vorgeschlagen werden. Für das Braunkohlekraftwerk Jämschwalde könnte diese Neuregelung - sofern sie rechtsverbindlich umgesetzt wird - eine frühere, schrittweise Außerbetriebnahme zur Folge haben.

Auch in der Energiestrategie der Landesregierung - die u. a. zum Ziel hat, Unternehmen zu Investitionen in Klimaschutz und Energieeffizienz zu motivieren und eine verlässliche Planung zu ermöglichen - ist das Auslaufen der Braunkohleverstromung angelegt. Der hiermit verbundene Strukturwandel bedeutet für die Lausitz große Herausforderungen. Land und Bund sind in der Pflicht, diesen Prozess aktiv zu gestalten und finanziell mitzutragen.

Hierzu soll ein Lausitzfonds eingerichtet werden, dessen Ziel bzw. Aufgabe es ist, die Beschäftigten der Braunkohleindustrie, die Kommunen und die Wirtschaft der Region beim Strukturwandel zu begleiten und zu unterstützen. Die Struktur des Lausitzfonds orientiert sich an den Regeln von Transparency International. Er soll unter Beteiligung der Lausitzer Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung, Verbänden und Bevölkerung verwaltet werden.

Neben dem Bund sollen die Wirtschaft der Region, das Land Brandenburg und die EU durch organisatorische Maßnahmen bzw. reguläre Wirtschaftsförderung den Lausitzfonds flankieren. Mit Hilfe des Fonds soll der Strukturwandel konsequent und sozial verträglich gestaltet werden, indem u. a. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für neue Aufgaben qualifiziert, die kommunale Infrastruktur gestärkt und die Wirtschaft bei einer nachhaltigen Ausrichtung unterstützt wird.

Neue Firmen, neue Produkte und neue Märkte für die Unternehmen in der Lausitz erfordern koordinierte und mit allen Akteuren in der Region eng abzustimmende Aktivitäten. Hier muss vor allem in Menschen investiert werden, die auszubilden sind, Menschen, die ihre Erfahrung und ihre Netzwerke einbringen und Menschen, die sich vor Ort gut auskennen. Der wichtigste Innovationsmotor in der Lausitz muss die Universität Cottbus-Senftenberg werden. Die Universität braucht zusätzliche Gelder, um diese Rolle wirklich ausfüllen zu können. Dies wird keine kurzfristige und auch keine leichte Aufgabe sein. Wenn man den Strukturwandel bis zum Ende der Kohle wirklich umsetzen möchte, muss man schon jetzt damit beginnen und man muss dabei gründlich vorgehen.

Axel Vogel  
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN